

Koalitionsstreit zu Windkraft-Abständen beendet - Frontalangriff auf Mensch und Natur eröffnet.

Berlin, 19.Mai 2020

Im Schatten der Corona-Berichterstattung gab es Meldungen, die für die betroffenen Bürger und für den Naturschutz eine düstere Zukunftsaussicht bedeuten.

Im Koalitionsstreit über die Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnsiedlungen wurde im Bundestag eine politische Einigung zu Lasten Dritter erzielt. Jetzt können die Landesregierungen wählen, was sie ihren Einwohnern zumuten wollen – nach oben aber nur auf 1.000m begrenzt, nach unten wird keine Grenze genannt! Diese Einigung wird den immer größer werdenden Anlagen nicht gerecht und entpuppt sich als wirkungsloses Feigenblatt, da es in den Ländern (z.B. Brandenburg) bereits entsprechende Regelungen bzw. Empfehlungen gibt.

Vernunftkraft fordert größere Abstände um den gesundheitlichen Vorsorgegrundsatz zu erfüllen. Nicht optimal, aber eine erhebliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Praxis wären Abstände des Zehnfachen der Gesamthöhe (10-H).

Eine weitere fatale Entscheidung traf die Umweltministerkonferenz am 15.05.2020. Die deutschen Umweltminister beschlossen, Hemmnisse für den Ausbau der Windkraft zu beseitigen. Jahrzehntelangen Bemühungen um Naturschutz wurden mit **einem Vollzugshinweis zur artenschutzrechtlichen Ausnahmeregelung für die Windenergie** aufgeweicht.

Künftig soll das Verbot des § 45, Abs. 7,Nr.4 des Bundesnaturschutzgesetzes, Vögel und Fledermäuse zu töten, für Windkraftanlagen nicht mehr gelten. Windkraft soll nun über allen Belangen des Schutzes von Flora und Fauna stehen.

Die Begründung lässt erahnen, dass die Entscheider ein Problem mit der Physik haben, denn sie **bemüht fälschlich das Argument Versorgungssicherheit:**

Windräder haben eine durchschnittliche Auslastung von 20 – 25 % pro Jahr mit stunden- und tageweise Null-Einspeisung auf Grund von nicht planbaren Witterungseinflüssen. Wie kann dann von Versorgungssicherheit bei weiterem Ausbau ausgegangen werden? Das Gegenteil ist richtig.

Die Aufhebung der Deckelung der Solarindustrie am 18.05.2020 ist auch keine Lösung, denn die Sonne scheint auch durch eine grüne Brille nicht nachts und erfordert regelmäßig den Import von Atomstrom aus Frankreich.

Wenn nun weder der Mensch noch die für uns lebenswichtige Natur im Mittelpunkt stehen sollen, müssen wir hinterfragen, was die wirklichen Gründe für diese Entscheidungen sein können.

Können es eventuell die großen Renditeerwartungen von Firmen, Verbänden, Versicherungen und privater Großanleger in die Erneuerbaren Energien sein? Oder ist es die berechtigte Befürchtung vieler Banken um die Rückzahlungen und Zinsen für spekulative Kredite in diese Branche? Alle diese finanziellen Erwartungen sind von den Steuerzahlern und Stromabnehmern zu erfüllen.

Vielleicht ist es der fehlende Mut vieler Volksvertreter in allen Regierungsebenen zu bekennen, dass wir den Klimaschutz nur noch mit Scheuklappen sehen und nicht mehr willens sind, das zu erhalten, was uns erhält.

Eine Anpassung der Ausbauziele an die Bedürfnisse von Natur und Menschen ist dringend geboten.

Kontakt: Pressesprecherin, Waltraud Plarre, , Tel. 0173 23 62 974 presse@vernunftkraft.de